

Regierungsratsbeschluss

vom 23. Juni 2008

Nr. 2008/1132

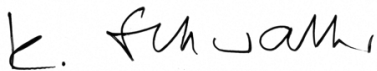
**Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative (07.429), Sanierung von belasteten Kugelfängen /
Fristverlängerung bis 2012
Schreiben an das Bundesamt für Umwelt (BAFU), Ittigen**

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 16. April 2008 ersucht die nationalrätliche Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie die Kantonsregierungen, zur möglichen Fristverlängerung für Abgeltungsansprüche bei Sanierungen von Schiessanlagen Stellung zu nehmen. Im Rahmen eines verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahrens haben sich das Finanzdepartement, das Volkswirtschaftsdepartement, der Rechtsdienst des Bau- und Justizdepartements, das Amt für Raumplanung und das Amt für Umwelt zum Vorschlag der Gesetzesanpassung geäußert. Dabei ergaben sich keine divergierenden Meinungen.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartements wird die Stellungnahme zur parlamentarischen Initiative betreffend Fristverlängerung für die Sanierung von belasteten Kugelfängen beraten und beschlossen.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt (BAFU) vom 23. Juni 2008

Verteiler

Regierungsrat (6)
Bau- und Justizdepartement, Rechtsdienst
Amt für Umwelt (Bre, mh) (2)
Amt für Raumplanung
Finanzdepartement
Volkswirtschaftsdepartement

Ratsleitung

Medien (jae)